

**TERRORISMUS****Deutschland verstärkt im Fadenkreuz**

Hohe Terrorgefahr erkannt – doch wer zieht daraus die Konsequenzen?
 Von Josef Schneider, GdP-Landesvorsitzender

Da erklären der Bundesinnenminister, der Präsident des BKA, der Verfassungsschutzpräsident Heinz Fromm und andere Sicherheitsexperten, dass die Wahrscheinlichkeit eines Terroranschlags in Deutschland außerordentlich hoch sei. So jedenfalls klangen die Botschaften, die über die Funk- und Printmedien Ende Januar/Anfang Februar hierzulande verbreitet wurden. Diese Botschaften hören wir wohl, aber was sollen wir eigentlich damit anfangen?

Die Bürgerinnen und Bürger werden sich fragen, ob und wie sie sich gegen Anschläge schützen können? Manche Bürgerinnen und Bürger werden sich vielleicht auch fragen, ob es Sinn macht, angesichts einer derartigen Terrorgefahr den NATO-Gipfel zum 60. Geburtstag der NATO im geplanten Ausmaß zu veranstalten? Was ist das eigentlich für ein Jubiläum, das mit soviel Aufwand für die Sicherheitsbehörden gefeiert werden muss? Wer so fragt, darf nicht gleich zum Verfassungsfeind gemacht werden. Es gäbe angesichts der Weltlage sicher viel Wichtigeres zu tun.

Ziel Nummer eins!

Wir bei der Polizei fragen uns in Kenntnis dieser Aussagen schließlich, was da noch so alles auf uns zukommen wird, im „Superwahljahr 2009“? Wenn man dann ein Zitat liest, das dem Präsidenten des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, Hartwig Möller, zugeschrieben wird, wonach wir in den nächsten Monaten das Ziel „Nummer eins“ von El Kaida sind, dann kommen doch Szenen des Anschlags von Madrid ins Gedächtnis. Weil wir das aber – wie vieles – aus dem Fernsehen kennen, fehlt den meisten von uns sowohl bei der Polizei als auch bei den Bürgerinnen und Bürgern jeglicher Realitätsbezug.

Konsequenz – Stellenabbau stoppen!

Viele fragen sich dann schon, wann endlich die Politikerinnen und Politiker im Land die vorgenannten Meldungen zur Kenntnis nehmen und dann auch über die

erforderlichen Konsequenzen beraten und beschließen. Oder sollen die immer wieder auftauchenden Meldungen über die bestehende Terrorgefahr nur weiter das Klima für „schärfere“ Sicherheitsgesetze und den Einsatz der Bundeswehr im Innern bereiten? Das will ich ausdrücklich niemandem der Beteiligten unterstellen. Gerade deshalb muss man dann ja die Frage nach den Konsequenzen stellen. Wann endlich wird der Stellenabbau bei der Polizei des Landes Baden-Württemberg gestoppt? Wann endlich bekommt die Polizei im Land die technische Ausstattung, die sie zur Abwehr der befürchteten Gefahren benötigt? Gesetzesänderungen allein sind da wenig hilfreich.

Keine zufriedenstellenden Antworten

Zufriedenstellende Antworten dazu gibt es in Baden-Württemberg nicht, obwohl im Landtag gerade jetzt die letzten Beratungen und die Beschlussfassung über den Haushalt 2009 stattfinden. Grotesk, wenn der Vorsitzende des Finanzausschusses schon vor der Beschlussfassung über den Haushalt einen Nachtragshaushalt ankündigt.

Nachholbedarf auch bei der Polizei

Im Zusammenhang mit den „Schutzschirmen“ und den Konjunkturprogrammen ist schon auffällig, wie und was gerade in der ganzen Republik öffentlich diskutiert wird. Sicher ist die Bildungspolitik wichtig, sicher gibt es auch viele Schulen, die sanierungsbedürftig sind. Sicher kann man die Verkehrsinfrastruktur auch in Baden-



Josef Schneider

Württemberg durch Investitionen deutlich verbessern. Daran wollen wir gar nicht zweifeln. Sicher gibt es auch einen immensen Nachholbedarf in den Schulen, was die Integration der „Menschen mit Migrationshintergrund“ in unserer Gesellschaft betrifft. Derzeit hat – neben den Schulen – allerdings die Polizei meist und mit hohem Aufwand das Problem im Umgang mit den nicht integrierten jungen Menschen im Land.

Erbärmlicher Zustand mancher Polizeidienststellen

Und es gibt auch genügend Polizeidienststellen, die den Anforderungen der modernen Arbeitswelt nicht standhalten. Energetische Sanierung täte wohl allen öffentlichen Gebäuden gut. Warum also findet die innere Sicherheit in den Konjunkturprogrammen gar nicht statt?

Wir haben in Baden-Württemberg zwei „Hundeführerschulen“, die mehr als sanierungswürdig sind. Zumindest die in Stutt-

Fortsetzung auf Seite 2



TERRORISMUS

Fortsetzung von Seite 1

gart ist in einem ausgesprochen „erbärmlichen“ Zustand. Angemahnt haben wir das seit vielen Jahren – bisher leider ohne den gewünschten Erfolg. Wir haben zwei Stand-

orte der Akademie der Polizei, die dringend auf bauliche Sanierung warten. Dies muss in diesem Zusammenhang deutlich gemacht werden. Sicher gibt es weitere „Schandflecken“ dieser Art bei der Polizei im Land. Die GdP erwartet deshalb, dass unser In-

nenminister bei der Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung bei seinem Kabinettskollegen aus dem Neuen Schloss die notwendigen Mittel für Investitionen bei der Polizei mit Nachdruck geltend machen wird. *josch*

TERMINE

Einladung GdP-Senioren

Der GdP-Seniorenstammtisch der Kreisgruppe Stuttgart trifft sich am Donnerstag, dem 26. 3. 2009, um 14.00 Uhr im „Blick Solitude“, Solitudenstraße 121, Stuttgart-Wolfsbusch. Von der Signal/Iduna wird uns Herr Pflüger auf den neuesten Stand in Versorgungsfragen und -möglichkeiten bringen. Anschließend steht unsere Jahresplanung und die Diskussion über interessante Neuigkeiten aus dem PP Stuttgart auf dem Programm. *W. B.*

TERMINE

Polizeiball

Polizeiball der Kreisgruppe Heidelberg:

Am Samstag, dem 14. März 2009, findet der Polizeiball der Kreisgruppe Heidelberg im Kulturzentrum in St. Leon-Rot statt.

Polizeiball der Kreisgruppe Schwäbisch Hall:

Am Samstag, dem 21. März 2009, veranstaltet die Kreisgruppe Schwäbisch Hall ihren Polizeiball im Festsaal der Bausparkasse.

Der Beginn der Polizeibälle ist auf 20.00 Uhr festgesetzt, der Einlass beginnt um 19.00 Uhr.

Beide Kreisgruppen haben sich wieder ein tolles Programm ausgesucht, das die Besucher begeistern wird.

Beide Kreisgruppen hoffen auf einen regen Besuch aus der Mitgliedschaft. Karten gibt es bei der jeweiligen Kreisgruppe oder an den ausgewiesenen Vorverkaufsstellen. *wosch*

DIE GdP GRATULIERT HERZLICH ZUR BEFÖRDERUNG ZUM/ZUR

Leitenden Polizeidirektor

Mannheim: Thomas Köber.

Polizeihauptkommissar A 12

Rottweil: Roland Benz.

Polizeihauptkommissar A 11

Esslingen: Frank Honold.

Kriminalhauptkommissar A 11

Esslingen: Uwe Weishap. Rottweil: Edwin Dreher.

Polizeioberkommissar

Esslingen: Michael Kleiß.

Kriminaloberkommissar

Esslingen: Siegbert Anhorn.

Polizeihauptmeisterin

Esslingen: Katja Schuhholz.

Polizeiobermeisterin

Esslingen: Birgit Kallis, Daniela Karg.

Es traten in den Ruhestand:

Alb-Donau/Ulm: Wolfgang Rose. Bepo-Biberach: Kurt Freirich. Bepo-Lahr: Manfred Klumpp. Heidelberg: Werner Brants. Heilbronn: Erich Hellriegel. Landeskriminalamt: Harald Rass. Lörrach: Ernst Lenhardt. Main-Tauber: Gottfried Hartmann, Erich Märker. Mannheim: Ralf Kossan. Ravensburg PD: Ernst Schmuck. Stuttgart PP: Axel Alt. Stuttgart RP: Claus Stahl. Villingen-Schwenningen: Josef Ege. Zollernalbkreis: Walter Königsberger.

(Wir bitten um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Kreisgruppe gemeldet wurden).

Zusammengestellt v. A. Burckhardt

REDAKTIONSSCHLUSS

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im April 2009 ist Freitag, der 6. März 2009, und für die Mai-Ausgabe 2009, Dienstag, der 7. April 2009.

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Schmidt (V.i.S.d.R.)
Weißensteiner Straße 79
73525 Schwäbisch Gmünd
privat: (0 71 71) 6 13 85
Telefax: (0 71 71) 6 95 26
Handy-Nr.: 01 71/8 57 20 00
E-Mail: wschmi@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31
vom 1. Januar 2008

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



NEUJAHRSEMPFANG

Lob allein reicht nicht!

Die Polizei hat immer mehr Personalsorgen

Bericht vom Neujahrsempfang der GdP Baden-Württemberg von Landesredakteur Wolfgang Schmidt

Am Donnerstag, dem 22. Januar 2009, fand in der Gemeindehalle in Hochdorf-Eberdingen der traditionelle Neujahrsempfang der Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg statt. Zahlreiche Gäste, darunter der Innenminister des Landes Baden-Württemberg, MdL Heribert Rech, der Landtagsvizepräsident MdL Wolfgang Drexler, SPD, der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion MdL Claus Schmiedel sowie die drei Polizeisprecher MdL Thomas Plenke, CDU, MdL Reinhold Gall, SPD, und von der FDP MdL Hagen Kluck waren zur GdP gekommen. GdP-Landesvorsitzender Josef Schneider konnte aus dem Bereich der Justiz den Generalstaatsanwalt Klaus Pflieger und den Landesdatenschutzbeauftragten Peter Zimmermann begrüßen. Aus den Reihen der Polizei begrüßte er stellvertretend für alle anwesenden Polizeibeschäftigten LPP Erwin Hetger. Schneider ging in seiner Begrüßungsrede auf die laufenden Tarifverhandlungen, die Personalprobleme und auf die Ausrüstung und Bekleidung ein.

Mit großem Dank und Lob für die Leistung in der Führung der Gewerkschaft der Polizei und für die Verdienste, die er sich für die baden-württembergische Polizei erworben hat, wurde Josef Schneider, der in dieser Funktion als Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei zum letzten mal am Rednerpult bei einem Neujahrsempfang stand, von allen Rednern gewürdigt. So sagte der Landtagsvizepräsident MdL Wolfgang Drexler, dass Schneider die Kompetenz der GdP ausgebaut hat. Die GdP sei im positiven Sinn eine Meinungsmacherin, so Drexler, und dankte dem Landesvorsitzenden für sein unermüdliches Engagement.

Auch der Innenminister dankte Schneider und meinte, dass es in der Natur der Sache ist, dass man in Sachfragen nicht immer einer Meinung gewesen sei aber wenn es um wichtige Belange der baden-württembergischen Polizei gegangen wäre, habe man an einem Strang gezogen. Auch MdL Heribert Rech dankte Josef Schneider für sein jahrelanges Bemühen, die Situation der Polizeibeschäftigten zu verbessern.

Tarifverhandlungen

„Wenn die Landesregierung einen schnellen Abschluss der Tarifverhandlungen wünscht, dann soll sie das nicht nur den Medien in Baden-Württemberg sagen. Dann muss sie auch Einfluss auf die Spitze der TdL nehmen. Unsere Rückendeckung dazu ist vorhanden“, rief Schneider in den Saal an die Adresse des Innenministers gerichtet. Schneider

Großes Interesse während der Rede von Josef Schneider beim Neujahrsempfang der GdP. Unser Bild zeigt einen Blick in den Saal.



machte deutlich, dass das Ergebnis der Tarifrunde die Grundlage für die Bezahlung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Land sein wird. Er erinnerte auch an die Zusage des Ministerpräsidenten Günter Oettinger, dass die Landesregierung das Ergebnis der Tarifverhandlungen – ohne Wenn und Aber – also zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtenbesoldung in Baden-Württemberg übernehmen will.

„Wer allerorten **Schutzschirme** aufspannt und Bürgschaften verteilt, der muss auch seine Beschäftigten angemessen bezahlen“, so Schneider weiter.

Der GdP-Landesvorsitzende erinnerte den Innenminister auch daran, dass er exakt an gleicher Stelle im letzten Jahr beim Neujahrsempfang gesagt hat, dass A 7 bei der Polizei nicht mehr zeitgemäß sei. Geschehen ist nichts. Da lobte er doch NRW, die zum 1. Januar 2009 alle Stellen

des mittleren Dienstes bei der Polizei in Stellen des gehobenen Dienstes umgewandelt haben.

Personalprobleme

Wie in jedem Jahr, legte der GdP-Landesvorsitzende auch bei diesem Neujahrsempfang den Finger in die Wunde und sprach die immer dünner werdende Personaldecke bei der Polizei an und er meinte nicht nur die Polizeivollzugsbeamten, sondern auch den Nichtvollzugsdienst. Die Polizei sei durch die Fehlentscheidungen der Landesregierung deutlich geschwächt. Der Einstellungskorridor wird von der GdP ohne Wenn und Aber begrüßt, er kommt nur um Längen zu spät.

Fortsetzung auf Seite 4



NEUJAHRSEMPFANG

Fortsetzung von Seite 3

Die Polizei sei – auch im Hinblick der immer aktueller werdenden Bedrohungslage und auch im Hinblick auf den anstehenden NATO-Gipfel – lange nicht so aufgestellt, wie in unzähligen Pressemeldungen aus dem Innenministerium immer wieder behauptet wird.

Schutzhelme

Den Vorwurf der fehlenden Schutzhelme lastete Schneider nicht dem Innenminister an, sondern seinen Beratern, die nicht kapieren würden, was die GdP will. So wollen wir nicht, dass alle Polizeibeamten einen Schutzhelm bekommen, wir wollen, dass alle, die im operativen Dienst sind, einen Schutzhelm erhalten und zwar einen passenden. Die jetzt verfügte „Pool-Ausstattung“ mit den Hygiene-Häubchen erfülle die Forderung der GdP nicht.

Josef Schneider hatte seinen alten Römer-Helm mitgebracht, den er zu Demonstrationzwecken dem Innenminister überreichte mit der Aufforderung, diesen aufzusetzen. Schneider wollte damit dokumentieren, dass es ein Ünding sei, wenn man die Helme nur weitergeben würde ohne dabei zu beachten, dass manche „Köpfe“ anders geformt wären.

Grüßworte

Landtagsvizepräsident MdL Wolfgang Drexler, SPD, überbrachte die Grüße des Landtages von Baden-Württemberg und bedankte sich in dessen Namen bei allen Polizeibeschäftigten für die hervorragende Arbeit 2008.

Drexler ging in seiner Rede auf die Finanz- und Wirtschaftskrise ein. Die Spaßgesellschaft habe sich als grandioser Irrtum erwiesen. Baden-Württemberg sei gut aufgestellt um die Krise zu meistern, da wir technologisch ganz vorne mit dabei wären und das bringt uns bald wieder nach „Vorne“. 250.000 Nachfragen in zwei Tagen nach der Abwrackprämie seien in der Bundesrepublik gestellt worden.

Drexler forderte von der Landesregierung ein Personalentwicklungskonzept für die Polizei. Er unterstrich, dass die Bedeutung der GdP als Anwältin für die Polizeibeschäftigten zunehmen wird. Zum NATO-Einsatz meinte Drexler, dass dies eine große physische Belastung für die baden-württembergische Polizei darstellen würde und verließ seiner Hoff-

nung Ausdruck, dass nach dem Einsatz nicht wieder über Freizeitausgleich und Mehrarbeit gestritten wird.

Auch forderte er den Innenminister auf, zusammen im Landtag dafür zu sorgen, dass der Stellenabbau im Nichtvollzugsbereich sofort gestoppt wird.

Zum Schluss seines Grußwortes betonte Drexler, dass die Polizei im Lande Baden-Württemberg auf jeden Fall 8% mehr Lohn verdient hätte.

Kein Grund zu überzogenem Pessimismus

Innenminister Heribert Rech sagte am Anfang seines Grußwortes, dass kein Grund bestände, in Baden-Württemberg mit überzogenem Pessimismus ins neue Jahr zu gehen. „Wir kommen stärker heraus aus der Krise als wir in sie hineingekommen sind“, so Rech. Er spielte damit auf die richtige Haushaltspolitik der letzten Jahre in BW an. Die öffentlichen Haushalte haben in den letzten drei Jahren gut gewirtschaftet. Es ist jetzt Zeit den Hebel umzulegen, nach einem Aufbauprogramm Ost müsse nun ein „Ausbauprogramm“ West folgen.

Der Minister sprach auch nochmals den Einstellungskorridor an. Er führte aus, dass durch dieses Einstellungsprogramm wir in vier bis fünf Jahren bis zu 1270 zusätzliche Polizeibeamte zum jetzigen Stand hätten. 5400 junge Menschen haben sich im Jahr 2008 zur Polizei beworben, also muss der Polizeiberuf weiter sehr attraktiv sein, so der Minister. Ab Mai 2009 soll der Revierdienst durch die BePo mit nochmals 200 Abordnungen verstärkt werden.

Der Innenminister wünscht sich eine größtmögliche Flexibilität bei der Arbeitszeit. Wir müssen die starre Arbeitszeit insbesondere im Wechselschichtdienst aufbrechen.

Dienstrechtsreform

„Die Dienstrechtsreform wird 2009 abgeschlossen“, so Innenminister Rech zu den Gästen. Einzelheiten, wie das Pensionsalter, seien noch nicht entschieden. Rech steht dafür, dass die Polizeibeamten nicht stärker belastet werden wie andere Beschäftigte auch.

Leistungsorientierte Bezahlinstrumente sollen in die Reform einfließen. Der Innenminister spricht sich dafür aus, dass die Mittel, die dazu bereitgestellt werden, bei der Polizei überwiegend in die Finanzierung der Besoldungsstruktur

eingesetzt werden. Heribert Rech will eine verbesserte Durchlässigkeit zwischen den Laufbahnen schaffen, so soll der gehobene Dienst bis A 14 gehen. Er stehe zu seinem Wort des letzten Jahres und wiederholte, dass A 7 als Eingangssamt wegfallen muss. A 7 sei nicht mehr zeitgemäß. Dies, und auch die Erhöhung des Stellenanteils in A 8 und A 9, soll in der Dienstrechtsreform umgesetzt werden.

Ausstattung

Zur Schutzhelmproblematik machte der Minister den Vorschlag zu prüfen, ob nicht in jeden Streifenwagen zwei Helme deponiert werden, die im Einsatzfall dann getragen werden können. Diesen Vorschlag kann man aber nur mit den Helmen, die bald beschafft werden, realisieren, denn bei diesen Helmen ist die Größe verstellbar.



Der scheidende Landesvorsitzende Josef Schneider bei seiner letzten Rede auf einem GdP-Neujahrsempfang

Nach der Rede des Ministers konnte nochmals dem Polizeimusikkorps Baden-Württemberg gelauscht werden, die den Neujahrsempfang auch dieses Jahr wieder musikalisch umrahmten, dafür herzlichen Dank.

Noch lange standen die Gäste in der Gemeindehalle beieinander und diskutierten. Ist doch nicht zuletzt auch immer wieder der Neujahrsempfang der GdP die Gelegenheit sich zu treffen und alte Bekanntschaften zu pflegen. **wosch**



Viele machen Dienst nach Vorschrift

Unter dieser Überschrift erschien Mitte Januar 2009 ein Artikel im „Schwarzwälder Bote“. Da wurde gemeldet, dass nach einer Studie (des US-Meinungsforschungsinstituts Gallup) gut zwei Drittel der Arbeitnehmer in Deutschland bei der Arbeit nur „Dienst nach Vorschrift“ machen. 20 Prozent hätten bereits innerlich gekündigt. Kann man dieses Ergebnis auch auf die Situation in den Polizeidienststellen im Land übertragen?

Ein Kollege schreibt dazu mit Sicht auf die Lage in unseren Polizeidienststellen:

„Ursachen für die um sich greifende Unzufriedenheit (damit verbunden eine nachlassende Solidarität und eine Erhöhung der Bereitschaft für eine ‚individuelle kurzfristige oder dauerhafte Flucht‘) sind möglicherweise nicht nur der vielfach zitierte und beklagte ‚hohe Altersdurchschnitt‘ unserer Kollegen, sondern die stark um sich greifende Unzufriedenheit, verursacht durch Mängel/Fehler im Führungssystem (z. B. teilweise zu hoch angesetzte Jahresziele, ständig wechselnde Zielvorgaben, Managementmethoden wie BSC, Überhandnahme von Statistiken für alles und jeden); Beurteilungsweisen (einschließlich dessen Anwendung), damit verbunden Beförderungen, Arbeitsverteilung zwischen den einzelnen OEEen/Sachgebieten, Risikoverteilung, Verteilung der Belastungen durch ungleiche Dienstzeiten und Außeneinsätze usw.“

Bessere Beurteilung

Ich möchte hierzu ein Beispiel anfügen: Die Vergangenheit zeigt, dass Kollegen im Stabsbereich (egal ob mittlerer oder gehobener Dienst) in der Regel/im Schnitt deutlich besser beurteilt werden als die Kollegen, die im operativen Bereich tätig sind.

Damit verbunden sind teilweise extrem schnellere Beförderung/höhere tatsächlich erreichbare Beförderungsstufen; leichtere Laufbahnwechsel. Dies, obwohl sie

- teilweise Tätigkeiten verrichten, die nicht zwingend durch ‚ausgebildete‘ Polizeibeamte erledigt werden müssten sondern denen von Angestellten oder Beamten in anderen Verwaltungsbereichen ähneln,

- deshalb teilweise trotz Zugehörigkeit zur Schutzpolizei keine Uniform tragen,
- trotzdem wie Kollegen im operativen Bereich eine Polizeizulage erhalten (Besserstellung gegenüber Beamten anderer Verwaltungsbereiche mit vergleichbaren Tätigkeiten),
- i. d. R. ‚humanere‘ Dienstzeiten (Mo.–Fr., 7.30–16.45 Uhr, keine Nacht- oder Wochenenddienste) haben,
- i. d. R. angenehmere (oft auch besser ausgestattete) Arbeitsplätze und Arbeitsmittel haben (keine Einsätze im Freien, bei schlechter Witterung),
- weniger Risiken hinsichtlich spontanen Fehlentscheidungen (z. B. Anordnung/Durchsetzung von Eingriffsmaßnahmen) eingehen müssen,
- seltener/nie durch Bürgerbeschwerden betroffen sind (Abgabe von Stellungnahmen gegenüber Vorgesetzten),
- selten/nie im mehr oder weniger lange andauernden Beschuldigtenstatus Dienst verrichten müssen (weil als Folge eines tatsächlichen oder angeblichen Fehlverhaltens Ermittlungen eingeleitet wurden),
- ein erheblich geringeres Verletzungsrisiko durch Angriffe Dritter oder Unfälle haben,
- keine Jahreszielkontrollwerte erfüllen müssen,
- keine Stellungnahmen wegen nicht erfüllten Jahreszielkontrollwerten abgeben müssen,
- (im gehobenen Dienst): keine Mitarbeiter führen/motivieren müssen,
- (im gehobenen Dienst): keine Beurteilun-

lungen/Vorbeurteilungen und damit verbunden Mitarbeitergespräche führen müssen,

Es hat sich also gezeigt, dass die Tätigkeit abseits des operativen Bereichs häufig erheblich lukrativer und erstrebenswerter ist.

Good-Jobs/Bad-Jobs

Im Wesentlichen wurde diese Entwicklung durch Führungskräfte (PD- und OE-Leiter) verursacht. Wenn der Zugang zu den ‚Good-Jobs‘ Mangels freien Stellen erschwert/unmöglich ist, entsteht u. U. das Bedürfnis, sich auf andere Art aus den ‚Bad-Jobs‘ zu verabschieden und ich befürchte, dass wir momentan erst den Beginn einer Flut erleben.

Wenn die Führung nicht baldmöglichst Wege findet, durch die die Basisarbeit wieder mehr Anerkennung und Unterstützung erhält, befürchte ich einen Kollaps unseres Systems und die versprochenen neuen/jungen Nachwuchskräfte werden große Mühe haben, den in den Sumpf gefahrenen Wagen wieder herauszuziehen.“

Man muss nicht alles so sehen, wie der Kollege es beschreibt. Vielleicht gibt es ja auch Ausnahmen? Grundsätzlich hat er mit seiner Beschreibung der Wertigkeit des „operativen Polizeidienstes“ sicher recht.

Bedenklich ist aber, dass der Schreiber der zitierten Zeilen – wohl zu Recht – anmerken muss, dass sein Name nicht oder nur anonymisiert aufgeführt wird, weil man in der aktuellen Stimmung nicht weiß, wie die kritisierte Führung reagiert. Hier muss sich Grundlegendes ändern.

josch



PSW-Gruppenreise

29. 08. BIS 09. 09. 2009 AUF DER OSTSEE
BALTISCHE IMPRESSIONEN & KOPENHAGEN



PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN



Reiseverlauf:

Kiel – Stockholm (Schweden) – Helsinki (Finnland) – St. Petersburg (Russland) – Tallin (Estland) – Danzig (Gdingen-Polen) – Roenne (Bornholm) – Kopenhagen (Dänemark) – Kiel.

Wir werden mit dem „ersten TUI Cruises Schiff“ in See stechen. Das Schiff wird erst am 23. Mail 2009 seine Jungfernfahrt antreten. PSW-Reisen ist es gelungen, auf diesem begehrten Schiff und Route noch in den Sommerferien von Baden-Württemberg eine Gruppenreise mit verschiedenen Kabinen und Preisen anbieten zu können.

Bei dem Preis handelt es sich um einen Comfort Welcome Preis der limitiert ist, deshalb schnell buchen.

Alles Weitere über die Schiffsreise erfahren Sie beim bewährten Team von PSW-Reisen. Rufen Sie an.

Schiffsbeschreibung:

Das Vier-Sterne-Plus-Schiff wird nach umfangreichen Umbaumaßnahmen durch ein neu gestaltetes architektonisches Konzept und Design bestechen. Knapp die Hälfte der insgesamt 974 Kabinen wird mit großzügigen Balkonen und Veranden ausgestattet sein und viele Rückzugsmöglichkeiten bieten. Auf insgesamt 2.200 Quadratmetern Pooldeck lässt es sich wunderbar entspannen – zum Beispiel auf bequemen Liegen oder in einer Hängematte auf einem der nicht-einsehbaren Minibalkone. Ganz privat gelingt der Start in den Tag: Mit einer eigenen Kaffee-/Espressomaschine entscheidet der Gast selbst, ob er seinen morgendlichen Kaffee im Bett oder in Frühstücksgesellschaft trinken möchte.

Reisepreis: ab 1792.- €

Bitte fordern Sie für alle Reisen unsere detaillierten Reiseausschreibungen an.

Bei uns können Sie sich noch
große Sprünge leisten!



PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

PSW-Reisen GbR
Christa + Björn Schmidt GbR
Maybachstr. 2 . 71735 Eberdingen
Tel.: 07042-879 223, 224 und 225
Fax: 07042-879 222
www.psw-gbr.de . info@psw-gbr.de



Die Sonne finanziert einen Teil unserer Renten und Pensionen

Fortsetzung aus Heft 2/2009

Auch in diesem Jahr wollen wir mit einem weiteren Vertragspartner und einer erweiterten Produktpalette möglichst viele Kolleginnen und Kollegen dabei unterstützen, ihren Beitrag zum Umweltschutz zu leisten, aber auch zu deren persönlichen „Einkommensverbesserung“ beitragen. Nach wie vor bieten wir

- Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung mit sensationellen GdP-Rabatten!
- Schon im Frühjahr werden wir auch in den Solaranlagenbereich zur Warmwassererzeugung einsteigen. Auch hier haben wir ganz besondere Überraschungen was den Preis, aber auch die einzelnen Produkte anbelangt, zu bieten.
- Trotz gesunkener Einspeisevergütung (ab 1. 1. 2009 für 20 Jahre garantiert 0,4248 Euro/kW) wird eine private PV-Anlage zu einer lukrativen „Gelddruckmaschine“. Dank unserer unschlagbaren Konditionen!
- Schnelle und unkomplizierte Hilfe bei Finanzierungsfragen, Sofortzusage meist noch während des Beratungsgesprächs!

Klaus-Dieter Greck



„Ob auf dem Dach eines Einfamilienhauses, oder ...“

„Liebe GdP, auch ich wurde als langjähriges GdP-Mitglied auf euer Angebot „Energie zum Nulltarif“ aufmerksam und möchte euch zu dieser gelungenen Aktion herzlich gratulieren. Ich finde es toll, dass unsere GdP nicht nur im gewerkschaftlichen Bereich seit Jahren vorbildliche Arbeit für ihre Mitglieder leistet, sondern nun auch im Bereich Umweltschutz/alternative Stromgewinnung die Initiative ergriffen hat.

Nach kompetenter Beratung durch Herrn Schweizer erhielt ich innerhalb weniger Wochen eine Photovoltaik-Anlage mit einer Leistung von 7,5 kW. Die finanzielle Abwicklung verlief völlig



„... im Schulterchluss mit den angrenzenden Nachbarn von Reihenhäusern. Überall im Land wurden die GdP-Photovoltaik-Anlagen montiert.“



Das „Kraftwerk am Schluchsee“

unproblematisch. Die Fa. Högg, welche die Anlage innerhalb von zwei Tagen installierte, kann ich nur lobend erwähnen. Sie räumte an der Baustelle selbst kleinste Abfallreste auf und reparierte mir noch nebenbei kostenlos einen defekten Firstreiter am Dach.

Unser kleines ‚Kraftwerk‘ läuft nun seit fünf Monaten problemlos und der Stromertrag befindet sich im Rahmen der von der Herstellerfirma errechneten Stromgewinnung.

Guten Gewissens kann ich jedem Kollegen die GdP-Aktion ‚Energie zum Nulltarif‘ weiterempfehlen.

Nochmals herzlichen Dank für euer Engagement – es lohnt sich wirklich GdP-Mitglied zu sein.“

Informationen zum Photovoltaikprojekt für GdP-Mitglieder:
Solarhotline: 0 70 42/8 79-0 oder Anfrage per E-Mail an info@gdp-haus.de, www.gdp-haus.de

